

# Ein Dorf lässt Eltern mehr Wahl

**Kinder.** Die Salzburger Gemeinde Berndorf fördert nicht nur Eltern, die rasch wieder zurück in den Job wollen, sondern auch Eltern, die zwei oder drei Jahre bei ihren Kindern bleiben wollen.

INGE BALDINGER

WIEN (SN). Seit 14 Jahren ist er Bürgermeister. Aber was er derzeit erlebt, ist ihm neu. „Ich werde mit Lob überhäuft, wie ich es die ganze Zeit als Bürgermeister nicht erlebt habe“, sagt Josef Guggenberger (ÖVP). Der Grund für die Reaktionen aus ganz Österreich ist eine Familienleistung, die der Bürgermeister der 1670-Einwohner-Gemeinde Berndorf bei Salzburg nach langem Nachdenken entwickelt hat – und die mit den Stimmen aller Fraktionen, also auch der SPÖ, mit 1. Jänner in Kraft gesetzt wurde. Seither bekommen die jungen Eltern Berndorfs, die das zwei- oder dreijährige Kindergeld beziehen, weil sie sich so lang selbst um die Kinder kümmern wollen, von der Gemeinde einen Zuschuss.

„Wir zahlen ja auch für die familienexterne Betreuung dazu, warum sollten wir die familieninterne Betreuung nicht fördern?“, fragt der Bürgermeister und gibt gleich selbst eine Antwort: „Es geht uns um ein bisschen mehr Gerechtigkeit und um eine etwas realere Wahlmöglichkeit für jene, die nicht ratzfatz zurück an den Arbeitsplatz, sondern ihre Kinder gern selbst betreuen möchten. Sie sollen finanziell nicht gar so tief abstürzen.“

Das Echo war eindeutig: Von den 34 Familien, für die das „Berndorfer Modell“ infrage kommt, haben schon 21 um den Zuschuss angesucht. „Die anderen werden auch noch kommen“, ist Guggenberger überzeugt.

Den Vorwurf der Salzburger SPÖ-Landesfrauenchefin Ingrid Riezler, er wolle den Frauen mit einer „Herdprämie“ den Wieder-



einstieg ins Berufsleben erschweren, lässt er nicht auf sich sitzen. „Ob die Frauen nun früher oder später zurück in den Job wollen oder müssen: Uns ist alles recht, wir mischen uns da nicht ein. Für alle, die schon ab dem 1. Geburtstag Kinderbetreuung brauchen, zahlen wir selbstverständlich dazu“, betont er. Nur erweise sich jedes Jahr bei der Bedarfserhebung für die Kleinstkinderbetreuung aufs Neue: Nie kommen genügend Kinder zusammen, dass eine eigene Krabbelstube eingerichtet werden könnte. Deshalb kooperiere man mit den Nachbargemeinden, damit jedes Kind, das einen Platz brauche, auch einen bekomme.

Rund 800 Euro schossen Gemeinden und Länder zuletzt pro Kinderbetreuungsplatz und Monat zu. Geht es nach Guggen-

berger, sollte das auch der Betrag sein, der Eltern, die ihre Kinder bis zum dritten Geburtstag selbst betreuen wollen, zugestanden wird. „Das ist nur zufällig in etwa die Höhe der Mindestsicherung. Aber es trifft sich gut, weil bei der Mindestsicherung herrscht ja österreichweit Konsens, dass das der Betrag ist, den ein Einzelner haben sollte.“

Sein Modell – das 2014 von der Gemeinde Großarl (übrigens auch dort mit dem Wohlwollen der SPÖ) übernommen wird – sieht so aus: Wer seine Kinder zwei bis drei Jahre selbst betreuen will, bei dem sollte das Kindergeld auf Mindestsicherungshöhe aufgestockt werden. Das bedeutet bei der mit 436 Euro monatlich bezahlten dreijährigen Variante einen Zuschuss in der Höhe von 336

Euro und bei der mit 624 bezahlten zweijährigen einen 150-Euro-Zuschuss. Idealerweise sollten sich Gemeinde, Land und Bund diesen Zuschuss dritteln. In Berndorf geht man nun voran und schießt „sein“ Drittel seit Jahresbeginn zu – 112 Euro monatlich zur dreijährigen, 50 Euro zur zweijährigen Variante.

Das dreijährige Kindergeld ist übrigens nach wie vor mit Abstand das beliebteste. Zuletzt verteilten sich die Kindergeldbezieher so: 45 Prozent hatten die längste Variante (30+6 Monate) gewählt, fast 26 Prozent die zweitlängste (20+4), sechs Prozent die drittlängste (15+3). Rund 18 Prozent beziehen das einkommensabhängige Kindergeld (12+2), etwas mehr als fünf Prozent die genauso kurze Pauschalvariante.